

2596/J-BR/2008

Eingelangt am 14.02.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend Anbau beim landesgerichtlichen Gefangenenumfang in Feldkirch

Das landesgerichtliche Gefangenenumfang in Feldkirch ist auf Grund der veralteten Bausubstanz für einen modernen Strafvollzug nicht mehr geeignet und auf Grund der Raumnot zudem stark überbelegt. Wie aus der Anfragebeantwortung 1415/AB-XXIII. GP vom 19. November 2007 hervorgeht, hat Feldkirch mit 130 % den mit Abstand stärksten Überbelag aller österreichischen Justizanstalten. Daher werden seit längerer Zeit Pläne für einen neuen Anbau verfolgt. Die Bundesimmobiliengesellschaft hat laut Bericht der Vorarlberger Nachrichten vom 3. Februar 2007 damals den Architekturwettbewerb abgeschlossen, wobei sich die Fachjury für den Entwurf eines Innsbrucker Architekturbüros entschieden habe. Der Pressesprecher der BIG wurde weiters mit der Aussage zitiert, dass der Baubeginn für Anfang 2008 vorgesehen sei. Tatsächlich liegt derzeit allerdings noch nicht einmal ein Bauantrag vor.

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an die Frau Bundesministerin für Justiz folgende

A n f r a g e :

1. Worauf ist zurückzuführen, dass entgegen der Ankündigung von einem Baubeginn zu Anfang 2008 offenkundig noch keine Rede sein kann?
2. Wann wird mit dem tatsächlichen Baubeginn und wann mit der Fertigstellung zu rechnen sein?
3. Welche Mittel sind für das Jahr 2008 im Bundesfinanzgesetz vorgesehen?
4. Kann mit diesen Mitteln für eine planmäßige Umsetzung des Bauvorhabens das Auslangen gefunden werden?